

Die Zuwanderungsinitiative gegen Personenfreizügigkeit

Autor(en): **Lettau, Marc**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **40 (2013)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911111>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Zuwanderungsinitiative gegen Personenfreizügigkeit

Die heikle Frage, wie viel Zuwanderung die Schweiz erträgt, kommt einmal mehr vors Volk: Am 9. Februar 2014 wird über die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» abgestimmt. Staatsrechtler warnen. Die Wirtschaft ist nervös.

Von Marc Lettau

Schemenhafte Figuren trampeln in schwarzen Stiefeln über einen roten Teppich – das Symbol für die Schweiz. Mit solchen Bildern kämpft die Schweizerische Volkspartei (SVP) gegen die Zuwanderung. Zuwanderer, sagt sie: belasten die Sozialwerke und das Gesundheitswesen, lassen den Wohnraum knapp und teuer werden und überlasten zu guter Letzt auch noch die Gefängnisse. Zahlen, wie viel Einwanderung die Schweiz verträgt, nennt die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» keine. Sie verlangt, die Zuwanderung über jährlich festzulegende Höchstzahlen zu steuern und diese Zahlen von den wirtschaftlichen Interessen des Landes abhängig zu machen.

Das Explosive der Initiative liegt darin, dass sie internationale Verträge verbieten will, die dieser Art von Zuwanderungssteuerung im Wege stehen. Konkret heisst das: Die Initianten wollen die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU) beenden. Sie kritisieren insbesondere, dass Zugewanderte aus der EU im Falle eines Stellenverlustes nicht zurückwandern müssen, sondern Anspruch auf Leistungen der schweizerischen Sozialwerke haben. Das Fazit der Initianten: «Diese Personenfreizügigkeit kann nur wollen, wer der Schweiz schaden will.»

Die Initiative verknüpft die Sorge über den zuwanderungsbedingten «Dichtestress» mit der latenten Skepsis gegenüber der EU. Das ist kein Zufall. Waren es früher die Gastarbeiter aus dem Süden, die zu Konkurrenzängsten führten, sind es heute auch hochqualifizierte Fachkräfte aus der EU, die da und dort Argwohn wecken. Laut dem Politologen Michael Hermann dringt wegen dieser neuen Konkurrenz die Kritik an der Zuwanderung in gesellschaftliche Milieus vor, die bis anhin als ausgesprochen «öffnungsfreundlich» galten – unter Besserdienenden und in höheren Bildungsschichten ist Zuwanderungsskepsis derzeit en vogue.

Der Bundesrat und eine klare Mehrheit des Parlaments stellen sich gegen die SVP-Initiative. Sekundiert werden sie von allen

grossen Wirtschaftsverbänden. Sie treten mit Verve gegen die Initiative an. Die Nervosität ist gross, zumal Staatsrechtler warnen, dass mit der Aufkündigung der Personenfreizügigkeit das ganze mit der EU ausgehandelte bilaterale Vertragswerk einzustürzen droht – zum erheblichen Nachteil der Schweiz und ihrer Wirtschaft. Der Abstimmungskampf der gegnerischen Komitees ist deshalb primär darauf ausgelegt, die elementare Bedeutung der «Bilateralen» für das «Erfolgsmodell Schweiz» und dessen Prosperität darzulegen.

Die nächsten Prüfsteine

Bereits sind weitere Prüfsteine in Sachen Zuwanderung und Personenfreizügigkeit in Sicht. Hängig ist die Initiative des Vereins

Ecopop. Sie will radikal ökologisch begründet die Zuwanderung drosseln und die Entwicklungshilfe umbauen. Ecopop verlangt, 10 Prozent der staatlichen Entwicklungshilfe für die Geburtenkontrolle in Entwicklungsländern einzusetzen – zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums.

Zudem öffnet sich im Zwist um die Personenfreizügigkeit ein neues Fenster: Dabei geht es um Kroatien, seit 2013 Mitglied der EU. Rechtsbürgerliche Kräfte haben bereits das Referendum gegen die anstehende Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien angekündigt. Auch hier dürfte schliesslich das Volk entscheiden.

www.masseneinwanderung.ch
<http://bilaterale.ch/>
www.ecopop.ch



FÜNF MAL NEIN IN FOLGE

Seit 1970 gelangten in der Schweiz fünf Volksinitiativen zur Abstimmung, die darauf abzielten, die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu senken. Den Auftakt machte 1970 die Initiative des Rechtspopulisten James Schwarzenbach. Die Initiative, die den Ausländeranteil auf zehn Prozent beschränken wollte und

wohl zur Ausweisung von 300 000 Ausländern geführt hätte, wurde vom Volk mit 54 Prozent Nein abgelehnt. Die Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion (NA) von 1974 scheiterte mit 66 Prozent Nein. Die 1977 vorgelegte Neuauflage der Initiative quitierte das Volk mit 70 Prozent Nein. 1988 wurde die NA-Initiative «Für die Begrenzung der Einwande-

rung» mit 67 Prozent Nein bacheb geschickt. Eine Initiative, die im Jahr 2000 den Ausländeranteil auf 18 Prozent beschränken wollte, scheiterte mit 64 Prozent Nein.

Heute leben in der Schweiz 1,86 Millionen Ausländer. Das sind 23,2 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung. Von ihnen stammen zwei Drittel aus der EU. (mul)